

Der Bundeshaushalt im Jahre 1957

Der vorliegende Aufsatz bietet an Hand des vorläufigen Rechnungsabschlusses einen zusammenfassenden Überblick über den Bundeshaushalt im Jahre 1957 und beleuchtet seine wirtschaftspolitische Bedeutung. Ein Vergleich der Erfolgsdaten 1957 mit den vom Bund für 1958 vorgesehenen oder erwarteten Ausgaben und Einnahmen vermittelt wertvolle Aufschlüsse über das konjunkturpolitisch besonders wichtige Budget 1958.

Der Bundesvoranschlag 1957 war sehr vorsichtig erstellt worden. Die Gesamtausgaben überschritten mit 32,5 Mrd. S um knapp 6% den Abschluß 1956 (ohne die im Voranschlag nicht enthaltene ERP-Gebarung). Um diesen Ausgabenrahmen trotz unabweisbaren Mehrausgaben einzuhalten, wurden die investitionsähnlichen Ausgaben — außer den Förderungsbeiträgen praktisch die einzige elastische Budgetpost — gegenüber dem Erfolg 1956 um fast 30% gekürzt. Dringende Wünsche der Ressorts, die im Normalbudget nicht untergebracht werden konnten, wurden zu einem Eventualbudget in Höhe von 2,0 Mrd. S zusammengefaßt. Seine Freigabe wurde für den Fall in Aussicht gestellt, daß wider Erwarten größere Mehreinnahmen verfügbar sein sollten.

Trotz dem zurückhaltenden Voranschlag war der Bundeshaushalt im Jahre 1957 bemerkenswert expansiv. Nach dem vorläufigen Rechnungsabschluß wurden 36,3 Mrd. S (ohne ERP-Gebarung 35,9 Mrd. S) ausgegeben, um 17% mehr als im Vorjahr

und um 10% mehr als im Normalbudget vorgesehen war. Ein Teil des Eventualbudgets wurde freigegeben, der Mehrertrag zweckgebundener Steuern widmungsmäßig verwendet und verschiedene Projekte zusätzlich bewilligt. Die Investitionen waren um mehr als 2 Mrd. S höher als veranschlagt wurde. Damit wurden nicht nur die Kürzungen im Investitionsbudget aufgehoben, sondern auch das Ergebnis von 1956 um 15% übertroffen. Auch andere Ausgabenansätze wurden stärker überschritten. Insgesamt stiegen die Bundesausgaben im Jahre 1957 stärker als in irgendeinem Jahr seit der Stabilisierung der Währung.

Die kräftige Steigerung der Staatsausgaben war finanztechnisch möglich, weil die laufenden Einnahmen mit 35,0 Mrd. S um 4,1 Mrd. S höher waren, als veranschlagt worden war. Die Erträge der öffentlichen Abgaben wuchsen weit stärker als das nominelle Nationalprodukt. Besonders die direkten Steuern brachten Rekordeträge, da die Gewinne des Konjunkturjahres 1955 veranlagt wurden und

Der Bundeshaushalt 1956 bis 1958

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+) / Abgang (-)		
	1956 Erfolg	1957 Vorläufiger Erfolg	1958 Bundesvor- anschlag	1956 Erfolg	1957 Vorläufiger Erfolg	1958 Bundesvor- anschlag	1956 Erfolg	1957 Vorläufiger Erfolg	1958 Bundesvor- anschlag
	Millionen Schilling								
A. Ordentliche Gebarung									
Hohheitsverwaltung	19.362	23.087	25.578	21.120	25.090	26.381	+ 1.758	+ 2.003	+ 803
Monopole	526	573	579	878	862	835	+ 352	+ 289	+ 256
Betriebe	3.071	3.601	3.665	2.905	3.229	3.369	- 166	- 372	- 296
Bundesbahn	6.068	6.801	7.099	4.729	5.147	5.350	- 1.339	- 1.654	- 1.749
ERP-Gebarung	397	411	343	382	426	343	- 15	+ 15	0
Zusammen	29.424	34.473	37.264	30.014	34.754	36.278	+ 590	+ 281	- 986
B. Außerordentliche Gebarung									
Bundesinvestitionsprogramm	1.372	1.554	1.707	—	—	—	- 1.372	- 1.554	- 1.707
ERP-Freigaben	297	280	—	301	280	—	+ 4	0	—
Zusammen	1.669	1.834	1.707	301	280	—	- 1.368	- 1.554	- 1.707
C. Budgetmäßiger Gesamterfolg	31.093	36.307	38.971	30.315	35.034	36.278	- 778	- 1.273	- 2.693
D. Anlehensgebarung	150	136	—	578	1.270	—	+ 428	+ 1.134	—
E. Unwirksame Gebarung	789	—	—	496	—	—	- 155	+ 4	—
F. Veränderung der Kassenbestände	—	—	—	—	—	—	- 505	- 135	—

verschiedene große Kapitalgesellschaften erstmalig Bilanzen vorlegten. Außerdem vermochte der Bund namhafte Erträge aus Vermögensbesitz und aus dem Verkauf von Vermögenswerten zu ziehen (allein die Ausgabe von Volksaktien der verstaatlichten Banken brachte 360 Mill. S). Gleichzeitig bemühte sich der Bund intensiv um Anleihen im In- und Ausland und finanzierte ein größeres Defizit. Der Gesamtabgang war im Jahre 1957 mit 1.273 Mill. S um 1/2 Mrd. S höher als im Vorjahr.

Die Vermehrung der Staatsausgaben, vor allem für Investitionen, und der Einsatz zusätzlicher Finanzierungsmittel kamen konjunkturpolitisch im richtigen Augenblick. Sie halfen die Schwächen auf den heimischen Investitionsgütermärkten zu überwinden, die sich an der Jahreswende 1956/57 abgezeichnet hatten, und förderten eine allmähliche Verlagerung der Konjunktur vom Export auf den Binnenmarkt. Dank dieser Entwicklung hat sich die internationale Konjunkturflaute bisher nur wenig auf die heimische Wirtschaft ausgewirkt.

Ausgaben

Die Gesamtausgaben des Bundes waren im Jahre 1957 mit 36.307 Mill. S (davon 1.834 Mill. S im außerordentlichen Haushalt) um 5,21 Mrd. S oder 17% höher als im Vorjahr. Von den Mehrausgaben entfielen 1,74 Mrd. S auf den Personalaufwand, 0,51 Mrd. S auf den Sachaufwand der Landesverteidigung, 0,45 Mrd. S auf den Zuschuß zur Sozialversicherung, 0,43 Mrd. S auf den sachlichen Betriebsaufwand der Bundesbetriebe und 0,33 Mrd. S auf zusätzliche Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Budgetpositionen. Nennenswerte Einsparungen ergaben sich nicht. Die Struktur der Bundesausgaben hat sich nur wenig verändert. Personal-, Sach- und Investitionsaufwand haben fast gleich stark zugenommen.

Der *Personalaufwand* stieg um 14% auf 14,0 Mrd. S. Die im Gehaltsgesetz 1956 vorgesehenen Sätze wurden erreicht. Für 1958 ist nur noch eine geringfügige Steigerung auf 14,5 Mrd. S veranschlagt, die auf höhere Personalstände (Bundesheer) zurückgeht. Von den Personalkosten entfallen 9,2 Mrd. S auf Aktivbezüge und 4,8 Mrd. S auf Pensionen. Der Anteil des Personalaufwandes an den Gesamtausgaben der ordentlichen Gebarung ist seit 1956 wieder leicht rückläufig. Er sank von 42% im Jahre 1956 auf 41% im Jahre 1957 und soll laut Bundesvoranschlag 1958 nur noch 39% betragen.

Die Bundesausgaben

	1956 Erfolg	1957		1958 Bundesvor- anschlag
		Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-) Mill. S	
<i>I. Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung</i>				
Personalaufwand für Aktive ¹⁾	4.386	5.051	+ 665	5.346
Pensionen	1.918	2.221	+ 303	2.221
Renten und Unterstützungen	3.873	4.091	+ 218	4.537
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	627	1.075	+ 448	1.356
Subventionen	1.336	1.442	+ 106	1.482
Staatsschuld	686	687	+ 1	1.229
Brutto-Investitionen der ordentl. Gebarung	945	1.110	+ 165	1.231
Investitionsförderung der ordentl. Gebarung (ohne ERP)	668	800	+ 132	959
Instandhaltung und Reparaturen	348	490	+ 142	374
Interne Überweisung an den Familienbeihilfenausgleichsfonds ²⁾	639	850	+ 211	580
Ablösezahlungen an die UdSSR	767	929	+ 162	1.064
Sonstige Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	104	275	+ 171	541
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand; s. o.)	879	1.391	+ 512	1.681
Erwerb von bestehenden Vermögenswerten ³⁾	207	439	+ 232	428
Laufende Transfers an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	447	233	- 214	347
Übriger Sachaufwand und sonstige Ressortausgaben (Restpost)	1.532	2.003	+ 471	2.202
Zusammen (I)	19.362	23.087	+3.725	25.578
<i>II. Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe</i>				
Personalaufwand für Aktive	3.748	4.197	+ 449	4.379
Pensionen	2.235	2.559	+ 324	2.586
Betriebsaufwand (sachlicher)	2.487	2.920	+ 433	3.038
Instandhaltung	585	679	+ 94	669
Brutto-Investitionen der ordentl. Gebarung	610	620	+ 10	671
Zusammen (II)	9.665	10.975	+1.310	11.343
<i>III. Ordentliche ERP-Gebarung</i>	397	411	+ 14	343
<i>IV. Außerordentliche Gebarung</i>				
Bundesinvestitionsprogramm	1.372	1.554 ⁴⁾	+ 182	1.707
a. o. ERP-Gebarung	297	280	- 17	.
Zusammen (IV)	1.669	1.834	+ 165	1.707
Ausgaben insgesamt (I—IV)	31.093	36.307	+5.214	38.971

¹⁾ Einschließlich Arbeiterlöhne, Beihilfen und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung jedoch ohne die im Investitionsaufwand bzw. in Zweckkrediten verrechneten Personalkosten. — ²⁾ Überschuß des Kinderbeihilfenausgleichsfonds. Interner Durchlaufposten, der in gleicher Höhe unter den Ressortereinnahmen (Kap. 18) wieder eingeht. — ³⁾ Liegenschaften, Wertpapiere, Beteiligungen usw. — ⁴⁾ Einschließlich 208 Mill. S Darlehen aus SAC-Krediten.

Der Aufwand für *Renten und Unterstützungen* (ohne Pensionen) stieg um 0,22 Mrd. S auf 4,09 Mrd. S, da die Kriegsoferrenten erhöht wurden und infolge steigender Geburtenzahl mehr Kinder- und Familienbeihilfen beansprucht wurden. An Arbeitslosenunterstützungen konnten dank der günstigen Arbeitslage 50 Mill. S eingespart werden. Für 1958 wird infolge höherer Unterstützungssätze und einer etwas größeren Zahl von Arbeitslosen wieder mit einem Mehraufwand von rund 100 Mill. S gerechnet.

Der Personalaufwand

	1956	1957	1958	
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
	Mill S			
Löhne und Gehälter der Aktiven				
Hoheitsverwaltung	4.386	5.051	+ 665	5.346
Monopole und Betriebe	3.748	4.197	+ 449	4.379
	8.134	9.248	+1.114	9.725
Pensionen				
Hoheitsverwaltung	1.918	2.221	+ 303	2.221
Monopole und Betriebe	2.235	2.559	+ 324	2.586
	4.153	4.780	+ 627	4.807
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung	6.304	7.272	+ 968	7.567
Monopole und Betriebe	5.983	6.756	+ 773	6.965
Insgesamt	12.287	14.028	+1.741	14.532

Renten und andere öffentliche Unterstützungen

	1956	1957	1958	
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
	Mill S			
Kinder- und Familienbeihilfen ¹⁾	2.053	2.201	+148	2.307
Kriegsopferfürsorge	984	1.120	+136	1.341
Arbeitslosenunterstützungen	731	680	- 51	778
Opferfürsorge	43	47	+ 4	59
Kleinentner	32	33	+ 1	32
Haftenschädigung und Wiedergutmachung	13	8	- 10	10
Katastrophenhilfe und Sonstiges	12	2	- 10	10
Insgesamt	3.873	4.091	+218	4.537

¹⁾ Einschließlich Geburtenbeihilfen.

Der *Bundeszuschuß zur Sozialversicherung* weist nach einem starken Rückgang in den Jahren 1954 bis 1956 wieder eine steigende Tendenz auf. Er erreichte im Jahre 1957 1'07 Mrd. S, um 0'45 Mrd. S mehr als im Vorjahr. Für 1958 wurde er mit 1'36 Mrd. S veranschlagt. Diese Entwicklung erklärt sich hauptsächlich aus der Erweiterung der Rentenversicherung. Sie verbesserte anfänglich die finanzielle Lage der Institute, da sie sofort höhere Beiträge einnahmen, aber erst später höhere Renten zahlen mußten. In dem Maße als mehr und mehr Renten dem neuen Niveau angepaßt werden, nimmt auch der Zuschußbedarf der Sozialversicherung wieder zu.

Die gesamten *Transferzahlungen* des Bundes an private Haushalte, einschließlich der Pensionen und des Zuschusses zur Sozialversicherung, erreichten im Jahre 1957 10'0 Mrd. S, gegen 8'7 Mrd. S und 8'1 Mrd. S in den zwei Jahren vorher.

Die *Preisstützungen* erforderten 1'44 Mrd. S, gegen 1'34 Mrd. S im Vorjahr. Mehrausgaben waren vor allem zur Stützung des Milchpreises notwendig, da sich die ab März 1956 erhöhten Subventionen ganzjährig auswirkten und mehr Milch auf den Markt kam.

Für *Investitionen und investitionsähnliche Zwecke* (Brutto-Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft) konnte der Bund 5'6 Mrd. S bereitstellen,

Subventionen

	1956	1957	1958	
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
	Mill S			
Brotgetreidepreisstützung	398	399	+ 1	417
Milchpreisstützung	565	687	+122	700
Sonstige Lebensmittelstützungen	35	55	+ 20	50
Futtermittelpreisgleich	200	148	- 52	155
Düngemittelpreisgleich	123	142	+ 19	149
Transportkostenzuschuß für Gebirgsbauern	8	7	- 1	10
Sonstige Stützungen und Preisausgleiche	7	4	- 3	1
Zusammen	1.336	1.442	+106	1.482

um 0'7 Mrd. S oder 15% mehr als im Jahre 1956 und um 2'1 Mrd. S oder rund 60% mehr als ursprünglich präliminiert worden war. Das Rekord-Investitionsbudget des Jahres 1955 (5'8 Mrd. S) wird allerdings erst im Jahre 1958 wieder erreicht werden. Die Struktur des Investitionsaufwandes hat sich wenig verändert. Die Brutto-Investitionen haben nicht so stark zugenommen wie der Instandhaltungsaufwand und die Investitionsförderung (SAC-Kredite). Im Jahre 1958 dagegen werden die Brutto-Investitionen überdurchschnittlich steigen.

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung des Bundes

(Ordentliche und außerordentliche Gebarung)

	1956	1957	1958	
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
	Mill S			
I. Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	967	1.028	+ 61	1.295
Hochbauten	200	197	- 3	242
Wasserbau und sonstige Bauten	58	27	- 31	47
Inventar, Maschinen und Fahrzeuge	224	273	+ 49	245
Brutto-Investitionen insgesamt	1.449	1.525	+ 76	1.829
Instandhaltung	348	490	+142	374
II. Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahn	916	1.070	+154	1.229
Post	407	417	+ 10	434
Sonstige	124	52	- 72	44
Brutto-Investitionen insgesamt	1.447	1.539	+ 92	1.707
Instandhaltung	585	679	+ 94	669
III. Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft				
Wohnungsbau	86	318	+232	360
Land- und Forstwirtschaft	368	395	+ 27	320
Industrie	316	362	+ 46	151
Fremdeverkehr	98	100	+ 2	
Sonstige Investitionsdarlehen oder -zuschüsse	234	240	+ 6	244
Investitionsförderung insgesamt	1.102	1.415	+313	1.075
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt (Summe I-III)	4.931	5.648	+717	5.654
davon Brutto-Investitionen	2.896	3.064	+168	3.536
Instandhaltung	933	1.169	+236	1.043
Investitionsförderung	1.102	1.415	+313	1.075

Eine Analyse der Bundesinvestitionen wäre ohne die *öffentlichen Wohnbaufonds* (Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds) unvollständig, die im Bundesbudget nicht verrechnet werden. Beiden Fonds standen im

Jahre 1957 zusammen 16 Mrd S (im Vorjahr 12 Mrd S) aus steuerähnlichen Wohnbauabgaben, Anleihen, Bundeszuschüssen und Darlehensrückflüssen zur Verfügung. Die tatsächlich beanspruchten Baudarlehen waren mit 13 Mrd S (im Vorjahr 11 Mrd S) etwas niedriger, da die Fonds auch sonstige Ausgaben (z. B. Hausratsdarlehen, Anleihendienst usw.) bestreiten müssen und die eingeräumten Kredite zum Teil erst in den folgenden Jahren beansprucht werden. Im Jahre 1958 werden die Wohnbaubeiträge und die Bundeszuschüsse um je 100 Mill S zunehmen. Andererseits ist fraglich, ob eine neue Tranche der WWF-Anleihe gegeben wird.

Baufinanzierung der öffentlichen Wohnbaufonds

	1956 Erfolg	1957 Vor- läufiger Erfolg	1958 Zunahme (+) Abnahme (-)	1958 Schätzung
Mill. S				
I Gewährte Baudarlehen				
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds (WWF) ¹⁾	805	900	+ 95	1100
Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (BWSF)	301	370	+ 69	450
Gefördertes Bauvolumen	1106	1270	+164	1.550
II Bedeckung				
Beiträge zum WWF	587	700	+113	770
Anleihen des WWF	200	200	0	200
Wohnbauförderungsbeiträge (zum BWSF)	334	367	+ 33	390
Darlehensrückflüsse	92	115	+ 23	130
Bundeszuschüsse	—	200	+200	300
Insgesamt	1.213	1.582	+369	1.790

¹⁾ Ohne Hausratsdarlehen, aber einschließlich Tilgungsraten aus dem Titel der Vorfinanzierung (jährlich rd 120 bis 150 Mill S).

Investitionsfinanzierung des Bundes¹⁾

	1955		1956		1957 ²⁾		1958 ³⁾	
Finanzierungsquellen	Mrd S	%	Mrd S	%	Mrd S	%	Mrd S	%
Steuern und Abgaben	2.62	46	2.53	50	2.13	39	2.33	37
Betriebsentnahmen (Tarife)	1.01	18	0.61	12	0.62	11	0.67	11
Außerbudgetär verrechnete steuerähnliche Wohnbaubgaben ⁴⁾	0.84	15	0.92	18	1.07	19	1.16	18
Kreditoperationen (Anleihen und Schatzscheine)	0.84 ⁵⁾	15	0.63	12	1.33	24	1.70	27
ERP-Freigaben ⁶⁾	0.37	6	0.42	8	0.40	7	0.43	7
Insgesamt	5.68	100	5.11	100	5.55	100	6.29	100
Verwendung								
Hoheitsverwaltung (Bund) ⁷⁾	1.23	22	1.45	28	1.53	27	1.83	29
Betriebe und Monopole	2.23	39	1.45	28	1.54	28	1.71	27
Wohnbaufonds ⁸⁾	1.06	19	1.11	22	1.27	23	1.55	25
Investitionsförderung der Wirtschaft ⁹⁾	1.16	20	1.10	22	1.21	22	1.20	19
Insgesamt	5.68	100	5.11	100	5.55	100	6.29	100

¹⁾ Einschließlich Wohnbaufonds. — ²⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ³⁾ Laut Bundesvoranschlag 1958, ergänzt durch Schätzungen des Institutes. — ⁴⁾ Beiträge zum Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und Wohnbau-Förderungsbeiträge. — ⁵⁾ Überhang aus 1954. Im Jahre 1955 wurden keine Bundesanleihen aufgenommen. — ⁶⁾ ERP-Mittel im ordentlichen und so. Haushalt. — ⁷⁾ Brutto-Investitionen ohne Instandhaltung. — ⁸⁾ Gewährte und effektiv zugezählte Baudarlehen. — ⁹⁾ Investitionsförderung aus Bundes-, ERP- oder SAC-Mitteln, überwiegend in Form von Darlehen.

Von den gesamten Investitionen des Bundes und der Bundesfonds werden mehr als die Hälfte

aus Steuern finanziert. Der Anteil der Selbstfinanzierung ging allerdings von 68% im Jahre 1956 auf 58% im Jahre 1957 zurück. Im Jahre 1958 dürfte er etwa 55% erreichen. Gleichzeitig hat die Finanzierung über den Kapitalmarkt an Bedeutung gewonnen. Aus ERP-Mitteln konnten in den letzten Jahren etwa 7% der Investitionen bestritten werden.

Die Gesamteinnahmen des Bundes waren mit 35.034 Mill. S um 4.72 Mrd S oder fast 16% höher als im Jahre 1956. Die Mehreinnahmen stammten etwa zur Hälfte aus günstigeren Steuererträgen und steuerähnlichen Einnahmen. An öffentlichen Abgaben gingen brutto um 3.36 Mrd S (16%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile der Länder, Gemeinden, Fonds usw.) um 2.08 Mrd S (14%) mehr ein als im Vorjahr. Da die direkten Steuern um 22%, die indirekten aber nur um 11% ergebiger waren, hat sich die Steuerstruktur erstmals seit 1953 wieder stärker zugunsten der direkten Steuern verschoben. Diese Tendenz dürfte sich trotz der Einkommensteuersenkung auch im Jahre 1958

Die Bundeseinnahmen

	1956 Erfolg	1957 Vor- läufiger Erfolg	1958 Zunahme (+) Abnahme (-)	1958 Bundes- vor- anschlag
Mill. S				
I Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung				
Steuern und Abgaben	14.524	16.609	+2.085	18.870
Steuerähnliche Einnahmen	3.410	3.748	+ 338	3.607
Laufende Beiträge anderer öffentlicher Körperschaften und Fonds ¹⁾	296	305	+ 9	307
Interne Überweisung an den Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds ²⁾	639	850	+ 211	580
Überweisungen aus dem Ausland	27	230	+ 203	153
Zinsen (ohne ERP)	124	130	+ 6	136
Darlehensrückflüsse (ohne ERP)	99	150	+ 51	84
Gewinnanteile u. Vermögenserträge ³⁾	370	734	+ 364	857
Veräußerungserlöse	158	631	+ 473	245
Laufende Ressortentnahmen und Sonstiges (Restpost) ⁴⁾	1.473	1.703	+ 230	1.542
Zusammen (I)	21.120	25.090	+3.970	26.381
II Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe				
Monopole	878	862	- 16	855
Post	2.245	2.482	+ 237	2.600
Bundesbahnen	4.729	5.147	+ 418	5.350
Sonstiges	660	747	+ 87	769
Zusammen (II)	8.512	9.238	+ 726	9.554
III Ordentliche ERP-Gebahrung				
ERP-Darlehensrückflüsse	171	210	+ 39	233
ERP-Zinsen	93	94	+ 1	94
ERP-Freigaben für die ordentliche Gebahrung	118	122	+ 4	16
Zusammen (III)	382	426	+ 44	343
IV Außerordentliche Gebahrung				
ERP-Freigaben	301	280	- 21	—
Einnahmen insgesamt	30.315	35.034	+4.719	36.278
(Summe I—IV)				

¹⁾ Transfer von Ländern, Gemeinden, Kammern, Sozialversicherung und Fonds. ²⁾ Statistischer Durchlaufposten (siehe „Bundesausgaben“, Übersicht S. 176). — ³⁾ Münzgewinn, Nationalbank, Postsparkasse, Montangebühren (Förderzins usw.). — ⁴⁾ Kostenersätze für öffentliche Leistungen durch Private sowie alle übrigen Erträge.

fortsetzen. Die Erträge der einzelnen Steuern und die Entwicklung der Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wurden bereits in den beiden letzten Berichten ausführlich dargestellt¹⁾.

Die *steuerähnlichen Einnahmen* stiegen um 0,34 Mrd S (+10%). Es handelt sich überwiegend um Abgaben von der Lohnsumme, die ihrerseits wieder von der Entwicklung der Beschäftigung und der Verdienste abhängt.

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1956 Erfolg	Vor- läufiger Erfolg	1957 Zunahme (+) Abnahme (-)	1958 Bundes- vor- anschlag
	Mill S			
A. Steuern				
1. Direkte Steuern				
Einkommensteuer	2 186	2 501	+ 315	2 800
Lohnsteuer	1 910	2 498	+ 588	2 200
Körperschaftsteuer	1 227	1 489 ²⁾	+ 262	2 100
Vermögensteuer	189	329	+ 140	400
Gewerbesteuer	1 732	2 119	+ 387	2 100
Besatzungskostenbeiträge	136	76	- 60	100
Beiträge zum WWF	587	700	+ 113	765
Beiträge für die Länder zur Wohnbau-Förderung	226	301	+ 75	355
Beiträge für den Familienbei- hilfen-Ausgleichsfonds	136	180	+ 44	213
Wohnbau-Förderungsbeitrag	334	367	+ 33	360
Sonstige direkte Steuern	48	63	+ 15	75
Zusammen	8 711	10 623	+ 1 912	11 468
2. Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer (einschließlich Bundeszuschlag)	6 427	6 957	+ 530	8 400
Zölle	1 471	1 730	+ 259	2 000
Tabaksteuer	1 234	1 305	+ 71	1 500
Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag)	1 029	1 245	+ 216	1 250
Biersteuer	306	345	+ 39	330
Weinsteuer und Branntwein- aufschlag	51	77	+ 26	88
Rechnungstempel	1 097	1 192	+ 95	1 400
Beförderungsteuer	282	334	+ 52	350
Grunderwerbsteuer	162	187	+ 25	200
Versicherungsteuer	102	123	+ 21	130
Kraftfahrzeugsteuer	102	122	+ 20	130
Sonstige Gebühren und Verkehr- steuern	641	733	+ 92	851
Zusammen	12 904	14 350	+ 1 446	16 629
Öffentliche Abgaben brutto	21 615	24 973	+ 3 358	28 097
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	7 091	8 364	- 1 273	9 227
Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	14 524	16 609	+ 2 085	18 870
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	929	1 025	+ 96	1 130
Dienstgeberbeiträge zum Kinder- beihilfen-Ausgleichsfonds	1 965	2 169	+ 204	1 930
Beiträge zum Familienbeihilfen- Ausgleichsfonds	204	251	+ 47	260
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbeihilfen	230	240	+ 10	248
Einnahmen der Preisausgleichs- fonds	55	35	- 20	15
Sonstige	27	28	+ 1	24
Zusammen	3 410	3 748	+ 338	3 607
Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt	17 934	20 357	+ 2 423	22 477

²⁾ Korrigierte Zahl gegenüber Heft 2/1958, S. 58: „Entwicklung der Steuererträge“.

¹⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 2, Jg. 1958, S. 56 und Nr. 3, Jg. 1958, S. 138 ff.

Von den *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung sind außer den Kostenersätzen die Vermögenserträge und die Veräußerungserlöse von Bedeutung. Die Vermögenserträge waren mit 0,73 Mrd S doppelt so hoch wie im Vorjahr (+0,36 Mrd S). Davon entfielen 280 Mill. S auf Münzgewinne (Münzregal) und der Rest auf Gewinnanteile des Bundes an der Nationalbank (123 Mill. S), der Postsparkasse (43 Mill. S), den verstaatlichen Banken und Unternehmungen (116 Mill. S) sowie aus sonstigen Beteiligungen. Aus dem Verkauf von Bundeseigentum gingen 0,63 Mrd. S ein, um 0,47 Mrd. S mehr als im Jahre 1956. Der Mehrerlös stammt hauptsächlich aus dem Verkauf von 360 Mill. S „Volksaktien“ der beiden verstaatlichten Großbanken.

Die Einnahmen der *Betriebe und Monopole* lagen mit 9,24 Mrd. S um 0,73 Mrd. S (8,5%) höher als im Vorjahr. Während Post (+10%) und Bahn (+9%) ihre Erlöse befriedigend steigern konnten, blieben die Monopoleinnahmen überraschend hinter dem Vorjahreserfolg zurück (-2%). Die Mehreinnahmen reichten allerdings bei weitem nicht aus, die zusätzlichen Ausgaben, vor allem für Personal, zu decken. Das gesamte Netto-Defizit der Betriebe und Monopole stieg um 584 Mill. S auf 1 737 Mill. S.

Die *ERP-Gebarung* im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt hat sich seit dem Versiegen der ERP-Hilfsleistungen im Jahre 1955 auf dem Niveau der Rückflüsse stabilisiert. An Zinsen und Tilgungsquoten gehen jährlich rund 700 Mill. S ein.

Ausblick auf das Budget 1958

Das Budget 1958 wurde bisher mangels anderer Vergleichsgrundlagen häufig mit dem Voranschlag 1957 verglichen. Dadurch entstand der Eindruck, als sei im Jahre 1958 eine ungewöhnlich kräftige Ausweitung des Budgets zu erwarten. Die für 1958 vorgesehenen Gesamtausgaben sind um 20% und die investitionsähnlichen Ausgaben sogar um 60% höher als im Voranschlag 1957 (ohne Eventualbudget). Der Vergleich der Voranschläge ist jedoch insofern irreführend, als die Budgetansätze im Jahre 1957 stark überschritten wurden, im Jahre 1958 aber wahrscheinlich nur knapp erreicht werden. Eine auch nur teilweise Erfüllung des Eventualbudgets ist infolge der angespannten Kassenlage des Bundes nicht zu erwarten.

Tatsächlich wird die Ausweitung des Budgets geringer sein, als der Vergleich der Voranschläge vermuten läßt. Die Gesamtausgaben im Budget 1958

von 38,97 Mrd. S sind nur um 2,66 Mrd. S oder 7% höher als im Rechnungsabschluß 1957. Einschließlich der im Voranschlag nicht enthaltenen ERP- und SAC-Kredite darf eine Ausgabensteigerung um etwa 10% erwartet werden. Die Bundesausgaben werden also im Jahre 1958 viel schwächer steigen als im Jahre 1957 (17%) und nur etwa gleich stark wie im Durchschnitt der Jahre 1952 bis 1957. Die Mehrausgaben betreffen hauptsächlich den Sachaufwand. Für verschiedene Transferzahlungen (Renten und Unterstützungen, Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung und Staatsschuld) werden 1,3 Mrd. S mehr ausgegeben als im Jahre 1957. Die investitionsähnlichen Ausgaben (ohne ERP- und SAC-Kredite) steigen um etwa 1/2 Mrd. S oder 10%. Dazu kommen verschiedene Mehrausgaben für die Landesverteidigung, für Leistungen aus dem Staatsvertrag und anderes mehr.

Obwohl die Staatsausgaben nicht so stark zunehmen werden wie im Vorjahr, werden vom Budget 1958 voraussichtlich stärkere Konjunkturimpulse ausgehen als vom Budget 1957. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich damit, daß das Sozialprodukt nur noch verhältnismäßig langsam wachsen kann und daher auch bei optimalem Beschäftigungsgrad der Wirtschaft nur mit einer verhältnismäßig geringen Zunahme der Staatseinnahmen gerechnet werden darf. Im Budget 1958 sind die Gesamteinnahmen mit 36,28 Mrd. S veranschlagt, um etwa 6% mehr als im Vorjahr (unter Berücksichtigung der nichtbudgetierten ERP- und SAC-Kredite). Diese Schätzung ist vielleicht etwas zu vorsichtig. Realistischerweise kann bei guter Konjunktur eine Einnahmensteigerung um etwa 8 bis 9% erwartet werden.

Allerdings enthalten die Steueransätze keine stillen Reserven. Insgesamt werden für 1958 28,1 Mrd. S öffentliche Abgaben (brutto) erwartet,

um fast 13% mehr als der Steuerertrag 1957. Für die direkten Steuern wurde eine Zuwachsrate von 8% und für die indirekten Steuern von 16% angenommen. Während die Ansätze für die direkten Steuern trotz Senkung der Einkommensteuer erreicht werden können, wurde der Ertrag der indirekten Steuern offenbar überschätzt. Auf Grund der Ergebnisse vom I. Quartal 1958 und der langfristigen Erfahrungen über den Zusammenhang von indirekten Steuern und Sozialprodukt muß mit einem größeren Ausfall gerechnet werden. Insgesamt dürften die Nettoeinnahmen des Bundes an öffentlichen Abgaben um etwa 3/4 Mrd. S niedriger sein als im Voranschlag.

Dagegen wurden die übrigen Einnahmen der Hoheitverwaltung (die steuerähnlichen Einnahmen und die Ressorteneinnahmen) unterschätzt. Sie wurden mit 7,9 Mrd. S veranschlagt, um fast 1 Mrd. S (11%) weniger als im Jahre 1957 aus diesen Quellen einging. Hier liegt offenbar seine stille Reserve von mindestens 1 1/2 Mrd. S. Auch die Steigerung der Erträge der Monopole und Betriebe ist mit weniger als 4% vorsichtig veranschlagt und könnte etwas überboten werden.

Wie immer man die künftige Entwicklung beurteilen mag, sicherlich werden die Einnahmen im Jahre 1958 weniger stark zunehmen als die Ausgaben. Der Gesamtabgang im Budget, der bereits von 1956 auf 1957 von 778 Mill. S auf 1,273 Mill. S gestiegen war, wird neuerlich zunehmen. Bei anhaltend guter Konjunktur wird das veranschlagte Gesamtdefizit von 2,7 Mrd. S durch Mehreinnahmen und Ausgabeneinsparungen vielleicht um 1 Mrd. S auf 1,7 Mrd. S verringert werden. Damit könnte der ordentliche Haushalt annähernd ausgeglichen werden. Die außerordentlichen Ausgaben müssen jedenfalls durch Kreditoperationen finanziert werden.